

Bericht zur Vollversammlung am 18.06.2019

Vor Eintritt in die Tagesordnung begrüßt Herr Depenau die Mitglieder und Gäste der IHK-Vollversammlung im Ferien- und Freizeitpark Weissenhäuser Strand. Er kündigt an, dass im Jahr 2020 die FehrmarBelt Days im Ferien- und Freizeitpark Weissenhäuser Strand stattfinden werden.

Frau Präses Kühn dankt Herrn Depenau für die Gastfreundschaft zur Sitzung der IHK-Vollversammlung im Kreis Ostholstein.

TOP 1 Wahl einer ehrenamtlichen Rechnungsprüferin

Die Vollversammlung wählt Frau Beatrix Wendland als ehrenamtliche Rechnungsprüferin.

TOP 2 HanseBelt e. V. – Projektzuwendung der IHK zu Lübeck für 2019

Frau Dr. Bednarski, Mitglied des Vorstandes HanseBelt e. V. und Mitglied der Vollversammlung, erläutert die Projekte und Mitgliederstruktur des HanseBelt e.V. aus dem Jahr 2018 und gibt einen Ausblick auf die Aktivitäten im Jahr 2019. Neben vielen Aktivitäten ist am 6. November 2019 wiederum ein HanseBelt-Zukunftskongress in enger inhaltlicher Abstimmung und Kooperation mit der IHK zu Lübeck geplant. Zu dieser Veranstaltung und der Finanzierung der Kommunikation wurde vom HanseBelt e. V. bei der IHK zu Lübeck ein Finanzierungszuschuss in Höhe von 34.000 Euro beantragt. In der Diskussion regt Herr Mehl an, zur Förderung weiterer Aktivitäten den Betrag zu erhöhen. Herr Pielke wendet dagegen ein, dass im Raum Norderstedt ein solches Bedürfnis mangels konkreter Betroffenheit nicht gesehen werde.

Die Vollversammlung stimmt mit einer Enthaltung dem geplanten Antrag auf Projektforderung in Höhe von 34.000 Euro zu.

TOP 3 Aktuelles (aus der IHK Schleswig-Holstein und der IHK zu Lübeck)

- a) Anforderungen an die KI-Strategie der Landesregierung

Frau Dr. Hackenjos berichtet von dem Vorhaben der Landesregierung, den Handlungsrahmen und die Handlungsfelder für den Einsatz von Künstlicher Intelligenz im Rahmen eines Strategiepapiers, das unter Federführung der Staatskanzlei erarbeitet wird, festzulegen. Die Staatskanzlei stützt sich dabei unter anderem auf Ergebnisse, die in der landesweiten Konferenz „Künstliche Intelligenz – politische Ansätze für eine moderne Gesellschaft“ am 20. März 2019 in Kiel erarbeitet wurden. Die seitens der Staatskanzlei gesetzten Schwerpunkte der KI-Strategie sowie deren genaue Inhalte sind noch nicht veröffentlicht, bekanntgeworden ist jedoch, dass das strategische Eckpunktepapier zum Thema „Künstliche Intelligenz“ am 18. Juni 2019 vom Kabinett verabschiedet werden und im Zuge einer Roadshow in der zweiten Jahres-

hälfte verbreitet werden soll.

Die Industrie- und Handelskammern zu Flensburg, zu Kiel und zu Lübeck haben unter Federführung des Kieler Hauses am 15. Mai 2019 erste, aus ihrer Sicht wichtige Kernpunkte für ein Positionspapier der Wirtschaft zur Künstlichen Intelligenz erarbeitet, das der IHK Schleswig-Holstein als Grundlage der Politikberatung und Interessenvertretung in diesem Themenfeld dienen soll.

Frau Dr. Hackenjos stellt das weitere Bearbeitungsverfahren vor und lädt die Mitglieder der Vollversammlung der IHK zu Lübeck ein, sich an der weiteren Ausarbeitung der Positionen und Forderungen zu beteiligen. Eine detaillierte Stellungnahme gegenüber der Landesregierung sowie weitere, noch abzustimmende Aktivitäten sollen sich anschließen.

Diskutiert wird die Frage, ob die KI-Strategie der Landesregierung als langfristiger Ansatz und politischer Rahmen in diesem Technologiefeld angelegt ist. Frau Dr. Hackenjos verweist darauf, dass die Pläne der Landesregierung hinsichtlich Budgets und Zeitrahmen noch nicht bekannt sind, dass das Thema wegen seiner Zukunftsbedeutung jedoch als langfristig bedeutend gesehen werden sollte.

Die Vollversammlung der IHK zu Lübeck stimmt dem geplanten Vorgehen zur Finalisierung einer ersten Position der IHK SH zur KI-Strategie der Landesregierung, ihrer Veröffentlichung im Rahmen einer landesweiten Pressemeldung zu gegebener Zeit und der weiteren Begleitung der Arbeit der Landesregierung einstimmig zu.

- b) Neue Entwicklung in der IHK-Rechtsprechung
(Urteil des Oberverwaltungsgerichts Münster)

Herr Scharfenberger berichtet über die Entwicklung in der Rechtsprechung zum Austritt einer IHK aus dem DIHK mit der Begründung, der DIHK habe sich wiederholt allgemeinpolitisch und ohne regionalen Wirtschaftsbezug zur Klimapolitik geäußert. Dabei habe er sich gegen die Erhöhung des Marktanteils erneuerbarer Energien, gegen die Umsetzung des Kyoto-Protokolls und den gegen Ausstieg aus der Kernenergie ausgesprochen. Dies habe mit den Interessen der gewerblichen Wirtschaft im Bereich der betroffenen IHK und in Nordrhein-Westfalen nichts zu tun und widerspreche den Interessen der Klägerin, die sich gerade für erneuerbare Energien einsetze. In einem Rechtsstreit, der seit 2009 bis zum Bundesverwaltungsgericht führte, wurde die Klage nun nach Rückverweisung vom Oberverwaltungsgericht Münster abgewiesen. Gleichwohl wurde der haupt- und ehrenamtlichen Leitung des DIHK zum Teil unsachliche Äußerungen ohne Wirtschaftsbezug attestiert.

Zwischenzeitlich wurde im DIHK eine Satzungsänderung vorgenommen, die ein konkretes Beschwerdeverfahren mit Klagemöglichkeit für Unternehmen geschaffen hat. Für die Zukunft ist festzuhalten, dass sowohl die DIHK-Führung als auch alle IHKs immer den speziellen Wirtschaftsbezug einer konkreten Position oder Initiativen darlegen sollten. Da derzeit noch eine Nichtzulassungsbeschwerde am Bundesverwaltungsgericht anhängig ist, ist das Urteil des OVG Münster noch

nicht rechtskräftig.

In der Diskussion wird deutlich, dass die IHKs in der wirtschaftspolitischen Diskussion sich nicht Mundtot machen lassen dürfen. In öffentlichen Äußerungen wird die IHK regelmäßig den Wirtschaftsbezug der Thematik hervorheben.

Die Vollversammlung nimmt den Bericht zur Kenntnis.

c) Novellierung des Berufsbildungsgesetzes

Herr Dr. Hoffmeister berichtet anhand einer Präsentation zum Stand der Novellierung des Berufsbildungsgesetzes. Schwachpunkte des gegenwärtigen Entwurfes sind:

- Digitalisierung findet sich nur unzureichend wieder,
- die Entlastung für die Prüfer ist marginal,
- die höhere Berufsbildung wird nicht die neuen Bezeichnungen Bachelor oder Master Professional erhalten,
- die Regelungen zur Mindestausbildungsvergütung sind noch zu bürokratisch.

Ergänzend geht Herr Dr. Hoffmeister noch auf die Veränderungen im Aufenthaltsrecht und dem Fachkräfteeinwanderungsgesetz ein. (Ergänzung zur Frage von Herrn Depenau: das Fachkräfteeinwanderungsgesetz soll zum Januar 2020 in Kraft treten. Umsetzungsverordnungen liegen noch nicht vor.)

Die Vollversammlung nimmt den Bericht zur Kenntnis.

d) IHK-Ausschüsse und –Wirtschaftsbeiräte -
Informationen aus dem Gremien

Ausschuss für Verkehr und Infrastruktur am
13.05.2019

- Hafenentwicklungsplan Lübeck – Einbindung der Wirtschaft

Der Ausschuss für Verkehr und Infrastruktur der IHK befasste sich in seiner Sitzung am 13. Mai 2019 schwerpunktmäßig mit der Neuaufstellung des Hafenentwicklungsplans der Hansestadt Lübeck. Der alte Hafenentwicklungsplan datiert aus dem Jahr 1996. Die Hafenstandorte wurden weitestgehend dem HEP von 1996 entsprechend entwickelt. Da die Veröffentlichung des alten HEP schon 23 Jahre zurückliegt, bedarf es nunmehr einer Überprüfung der zukünftig notwendigen Hafenskapazitäten. Hintergrund sind veränderte Umschlagsprognosen (Seeverkehrsprognose) sowie veränderte wettbewerbliche Rahmenbedingungen für den Ostseeverkehr.

Die Lübeck-Port-Authority (LPA) stellt zurzeit auf Basis verschiedener Gutachten und Plausibilitätsprüfungen einen neuen Plan auf. Vor der Vorlage in der Lübecker Bürgerschaft sollen die Zwischenergebnisse im Rahmen eines moderierten Dialoges mit den Stakeholdern abgestimmt werden. Die Debatte über den HEP 2030 wird über verschiedene Module auch in den Stadtentwicklungsdialo- g über die Dachmar-

ke Lübeck: überMorgen eingebunden:

Es gibt eine Online-Umfrage und Stadtteilgespräche. In einer Arbeitsgruppe Hafenenwicklung sollen folgende Stakeholder miteinander beraten:

- Hafen- und Logistik (19): u.a. Umschlagsbetriebe, Reedereien, Speditionen, IHK
- Hansestadt Lübeck als Moderator
- Bürgervertreter (4)
- Anwohnerinitiativen (6)
- Travenutzer (4)
- Umwelt- und Naturschutzverbände (4)

Ziel der Interessenvertretung der IHK muss die Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit des Lübecker Hafens sein. Laut einer IHK-Studie aus dem Jahre 2013 steht diese in direktem Zusammenhang mit der langfristigen Sicherung von 12.000 Arbeitsplätzen im IHK-Bezirk sowie der Sicherung von Steuereinnahmen, dem Erhalt und dem Ausbau von Handelsbeziehungen sowie den Transportverflechtungen des Lübecker Hafens mit Zentraleuropa und dem skandinavischen, baltischen und russischen Raum. Es ist vorgesehen, die vorliegende IHK-Studie zu aktualisieren.

Die Industrie- und Handelskammer wird sich intensiv in den noch vor der Sommerpause beginnenden Prozess einbringen. Es wird überlegt, aus diesem Grund eine Ad hoc-Arbeitsgruppe „Lübecker Hafen“ mit Vertretern der Hafenwirtschaft und der Organisationen der Hafenwirtschaft einzurichten.

Herr Brügggen kündigt seine Teilnahme an der Arbeitsgruppe an. Er bittet weiterhin, den Wirtschaftsbeirat Lübeck zu beteiligen.

Die Vollversammlung nimmt den Bericht zustimmend zur Kenntnis.

- e) Ausschuss für Energie und Umwelt am 23.05.2019
- Klimaschutz und CO₂-Bepreisung

Frau Ostertag berichtet von der Sitzung des Ausschusses für Energie und Umwelt am 23. Mai 2019 bei Niederegger in Lübeck, die ganz unter dem Titel Klimaschutz und CO₂-Bepreisung stand.

Dr. Markus Groth vom Climate Service Center Germany hat in die Thematik „Erreichung des 2 ° Zieles“ eingeführt und verdeutlicht, wie dringend ein wirksames Handeln ist. Julian Schorpp vom DIHK in Brüssel spannte den politischen Rahmen auf, der sich gerade für eine CO₂ -epreisung auf deutscher und europäischer Ebene entwickelt. Anschließend zeigte uns Dr. Markus Groth wie weitverbreitet CO₂ Bepreisung international bereits ist. Das Ausschussmitglied Jan Eschke von Worleé Chemie gab eine Übersicht über herausragende Aktivitäten der Wirtschaft für den Klimaschutz. Bei den Beispielen von IKEA und Aldi wurde auch der anwesende Vertreter von Friday for Futures

aufmerksam, mit dem dann später eine anregende Diskussion erfolgte. Insgesamt ist man sich einig geworden, dass die aktuelle energiepolitische Rechtslage eher Klimaschutz verhindert, denn befördert.

Und es wurde die Gründung einer Ad-hoc-AG zur CO₂-Bepreisung und angrenzenden Themen beschlossen. Eine erste Sitzung wird am 25. Juni 2019 in der Musik- und Kongresshalle stattfinden. Alle interessierten Unternehmer sind dazu eingeladen.

TOP 4 Initiative „Mein Unternehmen Zukunft“

Herr Dr. Özren berichtet über den aktuellen Stand der Initiative „Mein Unternehmen Zukunft“. Für die Kampagne „Gestern – Heute“ sind weitere Motive von Unternehmerinnen und Unternehmern in Vorbereitung. Zudem hätten sich weitere Unternehmen bereit erklärt, große Plakate an ihren Außenflächen aufzuhängen. Da die Nachfrage nach dem Chefpraktikum steigt, wirbt Herr Dr. Özren dafür, dass die Mitglieder der Vollversammlung „Platz machen“ für Chefpraktikanten und gern auch in befreundeten Unternehmen für die Aktion werben. Er verweist auf Alicia Schmidtke, die als Chefpraktikantin bei Herrn Schöning hospitiert. Bei der Überreichung des EMAS-Zertifikats an ein Unternehmen auf Fehmarn hat die Presse Frau Schmidtke fotografiert, und auch bei Facebook hat die IHK mit ihrem Post zur Aktion rund 4.500 Menschen erreicht und dabei gleichzeitig für das Chefpraktikum geworben. Interessenten können sich bei Frau Lucas melden.

Als einen besonderen Erfolg der Vollversammlung bezeichnete Herr Dr. Özren die Einrichtung eines Durchgangs für ein Wirtschaftsplanspiel (WiWAG) nur für Auszubildende. Die Idee war in einer der Arbeitsgruppen der Vollversammlung für „Mein Unternehmen Zukunft“ entstanden. Bereits im vergangenen Jahr hatten Auszubildende an WiWAG teilgenommen. Da ihr Wirtschaftswissen jedoch größer war als das der Schüler, hat die Kaufmannschaft zu Lübeck als Projektleiterin jetzt ein eigenes Angebot nur für Auszubildende geschaffen. Die Mitglieder der Vollversammlung werden als erste angesprochen und dürfen Teilnehmer melden. Anmeldungen nimmt Frau Lucas bis 30. Juni 2019 entgegen.

TOP 5 Fehmarnbelt Days 2020

Nachdem Herr Depenau zu Beginn der Sitzung bereits kurz auf die Fehmarnbelt Days 2020 eingegangen ist, erläutern Frau Olenik (FBBC) und Herr Braatz das Konzept der Veranstaltung.

Die Fehmarnbelt Days (FBDS) sind ein Konferenz-Format, das alle zwei Jahre in der Region zwischen Hamburg und Südschweden organisiert wird. Unter der Leitung der Gründungsorganisationen STRING, FBBC und Fehmarnbelt-Komitee finden die FBDS am 17. und 18. Mai 2020 im Feriencenter Weißenhäuser Strand statt. Die IHK zu Lübeck beteiligt sich als regionaler Partner an der Organisation und ist federführend für das Thema ‚Wirtschaft und Regionalentwicklung‘ verantwortlich.

Mit den FBDS soll ein breites Publikum aus Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Öffentlichkeit angesprochen werden, um die Entwicklungsperspektiven der Fehmarnbelt-Region zu diskutieren. Für die IHK zu Lübeck ergibt sich 2020 die Chance, den Wirtschaftsstandort HanseBelt einem internationalen Publikum bekannt zu machen.

Aktuell laufen die Vorbereitungen für die inhaltliche Ausgestaltung der Konferenz. Zu den fünften Fehmarnbelt Days soll erstmals aktiv die breite Öffentlichkeit zu einem grenzüberschreitenden Dialog eingeladen werden. Nach den Vorbildern des dänischen Folkemøde auf Bornholm und des schwedischen Allmedalen auf Gotland soll es in Form eines Bürgerfestivals zu einem offenen Dialog zwischen Politik, Interessengruppen, Vereinen und der Bevölkerung kommen. Ein in Deutschland neuer Ansatz, um Demokratie zu stärken, gute Nachbarschaft auszubauen und den europäischen Gedanken für alle erlebbar zu machen. Denn nur, wenn wir einander kennen und wissen, was uns eint, kann sich die grenzüberschreitende Fehmarnbelt-Region zu einem europäischen Leuchtturm entwickeln.

Am zweiten Tag soll ein ‚klassisches‘ Konferenzprogramm organisiert werden, das eher das Fachpublikum von Politik, Verwaltung, Unternehmen und sonstigen Akteuren im Fokus hat.

TOP 6 Verschiedenes

a) Digitale Themen in Schulen

Herr Dr. Bochmann befürchtet, dass in den Schulen das Thema Digitalisierung nur mit Hardware gleichgesetzt wird und der Umgang mit den Medien, Fragen der Datensicherheit, der Datenverarbeitung und Bewertung usw. nicht ausreichend beachtet wird. Herr Dr. Hoffmeister weist darauf hin, dass die IHKs mit dem Bildungsministerium im Gespräch sind. Auch müssen die Schulen, die Geld aus dem Digitalpakt beantragen, ein Konzept vorlegen, das nicht nur die Hardwareseite berücksichtigt, sondern auch ein pädagogisches Konzept beinhaltet. Im Rahmen der IHK Nord bereiten wir eine Konferenz zur Digitalisierung in den Schulen mit den Bildungsministerien der fünf norddeutschen Bundesländer vor. Ziel ist es, durch Best Practice-Beispiele aus den Bundesländern eine Verbesserung generell zu erreichen und eine engere Zusammenarbeit der Wirtschaft mit den Schulen in diesem Themenfeld zu initiieren.

b) Rückblick „Kongress Frauen in Führung“ 2019

Frau Kühn berichtet vom „Kongress Frauen in Führung 2019“ am 17./18. Mai 2019. Die Veranstaltung sei auf hervorragende Resonanz gestoßen. Frau Kühn bedankt sich insbesondere für die besondere Leistung aller Mitarbeiterinnen im Vorfeld der Veranstaltung. Der nächste Kongress ist in zwei Jahren angedacht.

c) Teilnehmeinweis auf DIHK-Netzwerktag „Frauen im Ehrenamt“ am 26./27.06.2019, Bremen

Frau Kühn ruft zur Teilnahme an diesem DIHK-Netzwerktag auf. Die vorherige Veranstaltung in Brüssel sei sehr informativ gewesen.

Frau Präses Kühn schließt die Sitzung der Vollversammlung und dankt allen Mitgliedern und Gästen für die rege Beteiligung. Sie dankt nochmals Herrn Depenau für die freundliche Aufnahme im Strandhotel der Ferienanlage in Weissenhäuser Strand.

Lübeck, 3. Juli 2019/Joseph Scharfenberger/Geschäftsbereichsleiter